

## Grund zum Optimismus

**Dänemark. Premier Rasmussen steuert auf einen neuen Wahlsieg zu.**

■ **Andre Anwar**, Kopenhagen

Heute wählen die Dänen ein neues Parlament, und alle Umfragen deuten auf einen Sieg des rechtsliberalen Regierungsbündnisses von Premierminister Anders Fogh Rasmussen hin, bestehend aus Rasmussens liberaler „Venstre“ Partei und der rechten „Konservative“. Rasmussens Regierung hatte seit ihrem Amtsantritt im November 2001 weltweit für Schlagzeilen gesorgt, weil es von der rechtsextremen Dänischen Volkspartei toleriert wird.

Zum Entsetzen der Vorsitzenden Pia Kjaersgaards ist es laut neuer Umfragen möglich, dass Rasmussen sich nach der Wahl einen anderen Partner für die Zusammenarbeit aussucht. Allerdings verlangte sie nun eine schriftliche Bestätigung vom Premierminister über die Bindung an ihre Partei nach der Wahl, und die Chancen sind hoch, dass sie sie bekommt.

**Vorgezogene Abstimmung**

Die Wahlen zum dänischen „Folketing“ vorzuziehen, war Anders Fogh Rasmussens Idee. Der eigentliche Wahltermin im Herbst sei wegen der parallelen Kommunal- und Regionalwahlen ungünstig, so die offizielle Begründung. Politische Beobachter in Dänemark meinen dagegen, dass gerade die deutliche Führung in den Meinungsumfragen gegenüber der Linken aus-

schlaggebend für Rasmussens Entscheidung war.

Dem 5,3 Millionen Einwohner zählenden Dänemark geht es gut. Die Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, und die Inflation ist gebändigt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie aus den Niederlanden, in der 90 Länder verglichen wurden, bescheinigte den Dänen, zur Zeit das „glücklichste Volk der Welt“ zu sein.

**Unzählige Versprechungen**

Dem Chef der Sozialdemokraten Mogens Lykketoft schwer, sein mangelndes Charisma durch politische Argumente wettzumachen. Im Wahlkampf überboten sich die Parteien nahezu mit Versprechungen. Der Premier hat 60.000 neue Jobs für die nächsten vier Jahre versprochen. Mogens Lykketoft bot lediglich 50.000, aber versprach innerhalb von zehn Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ansätze in Arbeits- und Sozialpolitik sind unterschiedlich, aber haben laut Kritikern eins gemeinsam: sie lassen sich kaum finanzieren.

Auch die Ausbildungsfrage rückte zeitweilig in den Mittelpunkt. Immerhin etwa 17 Prozent der Grundschulabgänger können so schlecht lesen und schreiben, dass sie sich kaum weiter ausbilden können. Unter den Einwanderern liegt diese Quote sogar bei 50 Prozent. Während die Opposition Modernisierung des Schulwesens verspricht, will die rechtsextreme dänische Volkspartei das in den 50er Jahren übliche Schulsystem wiederbeleben – mit Betonung auf Disziplin und „dänische Werte“.

## Gedenken für Bombenopfer an der Frauenklinik



**Dresden.** Bis heute kennt keiner die genaue Opferzahl. Vermutlich weit über 200 Mütter, Krankenschwestern und Babys starben bei den Bombenangriffen vom 13./14. Februar 1945 in der Frauenklinik Dresden-Johannstadt. An sie und die Überlebenden erinnert seit gestern eine Gedenktafel an der Klinik für Orthopädie, dem Standort der früheren Frauenklinik. Sie soll „ein Zeichen gegen das Vergessen setzen“, sagte Prof. Albrecht Scholz, Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin an der Uniklinik. Nie dürfe auch vergessen werden, dass die Ursachen der Bombennacht im Nationalsozialismus liegen. Die Enthüllung der Tafel war ein bewegender Moment für die Zeitzeugen, für die „Kinder des 13. Februar“, die die SZ in einer Serie vorstellt. Sie dankten der Uniklinik für ihre Initiative. Rainer Dittrich – damals

fünf Wochen alt und drei Tage nach dem Angriff aus den Trümmern der Kinderklinik gerettet – verband das mit dem Wunsch, Konflikte künftig nur noch diplomatisch zu lösen. (SZ/ma)  
Fotos: SZ/T. Lehmann

## Eine offene Wunde

**Die Bombardierung von Dresden ist auch für die Briten ein heikles Thema.**

■ **Jochen Wittmann**  
SZ-Korrespondent in London

Ich werde niemals stolz sein auf diesen Angriff“, sagt Frank Musgrove. „Es wird niemals einen Tag geben, wo ich den Leuten sagen könnte, dass es richtig war, es zu tun. Es war wohl ein notwendiges Übel, wie der ganze Krieg einfach ein gigantischer Schrecken war.“ Frank Musgrove, emeritierter Universitätsprofessor aus dem nordenglischen Beverley, hat soeben ein Buch veröffentlicht über die Bombardierung von Dresden.

Vor 60 Jahren war er Navigator an Bord einer Lancaster-Maschine, die den Angriff auf Dresden flog. Wie er nahm rund 1100 weitere britische und amerikanische Bomber am 13. Februar 1945 Kurs auf die Elbestadt. In einer teuflischen Feuersbrunst kamen mindestens 25.000 Menschen ums Leben.

„Als wir zurückkamen“, so Musgrove, „wurden wir als Helden empfangen, aber das änderte sich

schnell. Bald wurden wir wie Kriegsverbrecher behandelt.“ Der Angriff auf Dresden wurde auch in Großbritannien schnell als etwas begriffen, das moralische Grenzen der Kriegsführung überschritt.

Im Februar 1944 verlangte George Bell, der Bischof von Chichester, im Oberhaus, „dass die Regierung angeprangert wird wegen ihrer Politik der Bombardierung feindlicher Städte, insbesondere hinsichtlich von Zivilisten“. Nach dem Angriff auf Dresden wurde diese Kritik lauter. Der Labour-Abgeordnete Richard Stokes verlangte im Unterhaus Aufklärung.

**Churchills Zweifel**

Dem Premierminister selbst kamen Zweifel, ob es zu diesem Zeitpunkt, wenige Monate vor Kriegsende, wirklich noch richtig war, „den Terror zu erhöhen“. Winston Churchill schrieb am 28. März 1945 in einem Memorandum an seine Stabschefs: „Die Zerstörung von Dresden stellt ernsthaft die Durchführung des alliierten Bombenkrieges in Frage.“ Doch es dauerte noch bis April, bevor die letzten Angriffe gegen deutsche Innenstädte geflogen wurden.

Kriegsverbrechen oder nicht? Auch in Großbritannien wird diese

Frage wieder diskutiert werden, wenn sich die Bombardierung von Dresden zum 60. Mal jährt. Denn das Thema hat die Briten nie wirklich losgelassen. 1963 veröffentlichte der Revisionist David Irving sein Buch über Dresden, in dem er den „alliierten Holocaust“ anprangerte. Vieles an Irvings Buch ist heute unhaltbar – so inflationierte er die Zahl der Opfer und ging Reichspropagandaminister Joseph Goebbels auf den Leim, der die offizielle Statistik fälschte, indem er einfach eine Null an die Zahlen anfügte.

Für viele Engländer wurde Dresden zum Symbol einer nicht zu rechtfertigenden Massenvernichtung – ein Vorläufer zum Horror der

Atombombe. Bezeichnend für das Unbehagen an Dresden ist, wie die Briten mit Arthur „Bomber“ Harris umgingen, dem Luftmarschall, der für die Strategie des Flächenbombardements verantwortlich war. Harris war der einzige ranghohe Offizier, der nach dem Krieg nicht zum Lord gemacht wurde.

**Ehrung im Schutz der Nacht**

Im letzten Jahr veröffentlichte der britische Historiker Frederick Taylor ein Buch über die Bombardierung, das vor kurzem auch in deutscher Übersetzung erschien. Die Studie wurde begeistert von jenen Briten aufgenommen, die sich von jeder Schuld lossagen wollen. Der entscheidende Satz steht im Vorwort: Der Autor wolle „nicht so weit gehen zu sagen, dass Dresden „verdiente, zerstört zu werden, aber es war bei den Standards seiner Zeit ein legitimes militärisches Ziel“.

Auch in diesem Jahr wird wieder ein Gentleman auf den Stufen der deutschen Botschaft in London einen Kranz niederlegen, der die Opfer von Dresden ehrt. Dass er dies unerkant im Schutz der Nacht tun muss, illustriert, dass auch für die Briten das Thema immer noch eine offene Wunde ist.

### Magazin zum 13. Februar

■ **Das SZ-Magazin** widmet sich am kommenden Sonnabend der Zerstörung Dresdens. Darin geht es in Texten und vielen Fotos um die Ereignisse, ihre Vorgeschichte und Folgen, es kommen viele Zeitzeugen zu Wort, zudem der Historiker Frederick Taylor. Und eine Reportage berichtet aus dem britischen Coventry, das die Deutschen im Jahr 1940 zerstörten.

## Demokratisch gewählter Alleinherrscher

**Thailand.** Die Opposition wird bei den Wahlen zur Randgruppe dezimiert.

■ **Willi Germund**  
SZ-Korrespondent in Bangkok

Thailands Premierminister Thaksin Shinawatra gelang bei den Wahlen für ein 500-köpfiges Parlament am Sonntag gleich zwei historische Premieren. Er wurde als erster Regierungschef des südostasiatischen Staates für eine zweite Amtsperiode gewählt. Außerdem gelang ein erdentscheidender Sieg, dank dem eine Regierungspartei erstmals in der

turbulenten Geschichte des Landes ohne Koalitionspartner regieren kann. „Wir haben eine Strategie, wir haben einen Plan“, verkündete „Maeo“ – das Nordlicht, wie der Telekommunikationstycoon Thaksin, der einst den Konzern AIS gründete, im Land bekannt ist.

„Ich war geschockt, als ich die ersten Zahlen gesehen habe“, gestand Banyat Bandtatan, der farblose Chef der „Demokratischen Partei“, der größten Oppositionsgruppe des Landes, und räumte die Niederlage ein. Im Wahlkampf war sie mit dem bescheidenen Programm aufgetreten, 201 Parlamentsitze zu erhalten, um die Rolle als „Wachhund“ ausfüllen zu können.

Die ersten Hochrechnungen gaben den Demokraten kümmerliche 80 Sitze. Thaksins „Thai Rak Thai“ (Thais lieben Thai) soll 375 der 500 Parlamentsitze bekommen. Thailands Wähler – die Beteiligung lag bei 70 Prozent – verwandelten das Land damit per Wahl de facto in einen Ein-Parteien-Staat. Denn die Opposition hat dank der nahezu sicheren Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierung nun kaum Möglichkeiten, Thaksin zu bremsen.

Doch die Alleinherrschaft im Parlament wird ein Problem nicht lösen, das angesichts der Zerstörung durch eine massive Flutwelle am 26. Dezember in den Hintergrund trat: Der Konflikt in den von Moslems dominierten Südprovinzen des Landes. Die Auseinandersetzungen kosteten im vergangenen Jahr rund 500 Tote. Trotz massivem Militäreinsatz konnte Thaksin die Unruhen nicht unterdrücken.



Hat gut lachen: Thailands wiedergewählter Premier Thaksin. Foto: dpa

### Sieben Araber festgenommen

**Bukarest.** In Rumänien sind sieben arabische Geschäftsleute wegen des Verdachts von Beziehungen zum internationalen Terrorismus und der Geldwäsche festgenommen worden. Sie sollen voriges Jahr über mehrere Phantom-Firmen und mit Hilfe einer rumänischen Bank 23 Millionen US-Dollar und zwei Millionen Euro an eine Bank in Paris transferiert haben. (dpa)

### Papst-Rücktritt nicht unmöglich

**Rom.** Der Außenminister des Vatikans, Kardinal Angelo Sodano, hat einen Rücktritt des Papstes nicht ausgeschlossen. Befragt, ob Papst Johannes Paul II. über einen Rücktritt nachdenke, sagte er gestern laut italienischen Agenturberichten: „Überlassen wir diese Hypothese dem Gewissen des Papstes.“ Johannes Paul II. wisse am besten, was zu tun sei. (AP)

### Gnassingbe neuer Präsident Togos

**Lomé/Nairobi.** Ungeachtet internationaler Kritik an den Umständen des Machtwechsels ist Faure Gnassingbe gestern als Präsident von Togo und Nachfolger seines gestorbenen Vaters vereidigt worden. Das Parlament hatte zuvor durch eine Verfassungsänderung die Einsetzung des Präsidentensohns legalisiert. Der 39-jährige soll nun bis 2008 im Amt bleiben. (dpa)

### Neue Anschläge im Irak

**Bagdad/Rom.** Am bisher blutigsten Tag seit den Parlaments- und Regionalwahlen vor einer Woche sind gestern im Irak bei Anschlägen und Zusammenstößen mindestens 30 Menschen getötet worden. Die entführte italienische Journalistin Giuliana Sgrena soll freigelassen werden. Eine islamistische Gruppe teilte mit, es sei klargestellt worden, dass sie keine Spionin sei. (dpa)

## Die geheimnisvollen Luftschlösser des Premierministers

**Stanislav Gross gerät wegen unklarer Vermögensverhältnisse unter starken Druck.**

■ **Hans-Jörg Schmidt**  
SZ-Korrespondent in Prag

Tschechiens Premier Stanislav Gross ist der jüngste Premier der EU; er könnte aber auch - wider Willen - der mit der kürzesten Amtszeit werden. Eine seit Tagen geführte Medienkampagne gegen Gross und seine Ehefrau Sarka gipfelte gestern erstmals in massiven Rücktrittsforderungen in Zeitungen und in einem Internetforum.

Hintergrund ist die Tatsache, dass der Regierungschef und seine Frau Immobilien erworben haben, ohne die Herkunft der Gelder dafür ordentlich nachweisen zu können. Zum einen geht es um die luxuriöse Privatwohnung der Familie auf

dem malerisch gelegenen Barrandov-Hügel der Moldau-Metropole. Gross hatte dafür 140.000 Euro bezahlen müssen.

Er selbst behauptete, 47.000 Euro aus seinen Ersparnissen überwiesen zu haben; den Rest habe eine Bank finanziert. Die Zeitung „Mlada fronta Dnes“ enthüllte jedoch, dass Gross' Eigenanteil 83.000 Euro betragen habe. Woher aber kam die Differenz?

**Die Mär vom reichen Onkel**

Nach langem Hin und Her plauderte Gross von einem „Onkel Frantisek Vik“, der ihm das Geld geliehen habe. Jener Onkel aber hatte das Geld selbst auch nur bei „Verwandten im Ausland“ geborgt. Angeblich waren es „Verwandte in Moskau“. Radio Jerewan hätte an dieser Story seine helle Freude gehabt.

Es waren nämlich weder „Verwandte im Ausland noch solche „in Moskau“, die dem hilfreichen Onkel und damit dem Premier unter

die Arme gegriffen hatten. Die 36.000 Euro Differenzsumme kamen nämlich vielmehr von einem ehemaligen Redakteur der „Mlada fronta Dnes“, der unter anderem auch Aktionär der Zeitung gewesen war, und das Geld aus dem Verkauf seines Aktienpakets an den Onkel überwiesen hatte.

Weshalb Premierminister Gross darum ein solches Geheimnis machte, ist die große Frage, die sich nun alle stellen. Sollte es sich tatsächlich so abgespielt haben, wäre gegen das Geschäft im Grunde ja nichts zu sagen gewesen.

Da sich der Premier aber zunehmend in Widersprüche verstrickte, wurde nun sogar die in Berlin ansässige Organisation Transparency International aufmerksam und verlangte von Gross, alle Details des zweifelhaften Deals auf den Tisch zu legen. Ansonsten bestünde ein Bestechungsverdacht, der die gesamte Regierung in Misskredit bringen könnte.

Doch nicht genug damit: Auch die Gattin des Premiers, Sarka, gerät jetzt ins Visier der Enthüllungsmagazine. Sie habe im März vergangenen Jahres in Prag ein Haus für 200.000 Euro gekauft, deren Herkunft ebenfalls unklar sei. „Ich habe mit Journalisten schlechte Erfahrungen“, beschied Frau Grossova peinliche Fragen der Medien. Per SMS ließ sie immerhin den Prager Hörfunk wissen, dass „alles legal gelaufen“ sei.

Die Opposition im Prager Parlament läuft Sturm gegen den Premier, fordert noch für diese Woche eine Sondersitzung, auf der Gross Rede und Antwort stehen soll. Aber auch Gross' Stand bei den Sozialdemokraten wird immer schwieriger. Der Premier ist derzeit nur Übergangsvorsitzender seiner Partei und muss sich im kommenden Monat vom Parteitag bestätigen lassen. Trotz eines Gegenkandidaten galt seine Wahl bislang dort als sicher. Bislang.



Tschechiens Ministerpräsident Stanislav Gross kann die Herkunft der Gelder für seine Immobilien nicht schlüssig erklären. Foto: SZ/Wolfgang Wittchen